

## Milliarden-Ausfälle bei Steuern

### 1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. die Funktion von Steuerprognosen herausarbeiten sowie die aktuelle Vorhersage für Deutschland analysieren.
2. sich exemplarisch die Interdependenz von konjunktureller Entwicklung und der Höhe der staatlichen Steuereinnahmen erschließen.
3. sich mit den Auswirkungen sinkender Steuereinnahmen auseinandersetzen.

### 2. Aufgaben

1. *Erklären Sie in eigenen Worten, worum es sich bei Steuern handelt. Grenzen Sie diese von anderen staatlichen Abgaben ab.*
2. *Erläutern Sie die Funktion von Steuerprognosen im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Arbeiten Sie heraus, inwieweit die Politik auf relativ verlässliche Voraussagen bezüglich der zukünftigen Einnahmen angewiesen ist.*
3. *Analysieren Sie die aktuelle Voraussage für die Bundesrepublik Deutschland. Beschreiben Sie die prognostizierten Veränderungsprozesse und benennen Sie die zentralen Einflussfaktoren.*
4. *Erklären Sie in diesem Zusammenhang den folgenden Sachverhalt: „Auch wenn die Steuereinnahmen für den Fiskus geringer ausfallen als bisher gedacht, steigen sie trotzdem über die Jahre an.“*
5. *Erörtern Sie exemplarisch die Interdependenz von konjunktureller Entwicklung und der Höhe der staatlichen Steuereinnahmen.*
6. *Setzen Sie sich mit den grundlegenden Auswirkungen sinkender Steuereinnahmen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auseinander. Überprüfen Sie, inwieweit diese die politischen Handlungsspielräume beeinflussen und veranschaulichen Sie Ihre Ausführungen anhand von Beispielen.*

## Milliarden-Ausfälle bei Steuern

*Das Finanzministerium rechnet mit geringeren Steuereinnahmen. Der Bund muss mit rund 75 Milliarden Euro weniger auskommen.*

Das Bundesfinanzministerium rechnet in den kommenden Jahren mit drastisch weniger Steuereinnahmen als bisher prognostiziert. Das geht nach Informationen des Handelsblatts aus der Vorlage des Finanzministeriums für die Steuerschätzung in dieser Woche hervor. Danach wird allein der Bund in den Jahren 2019 bis 2023 insgesamt rund 75 Milliarden Euro weniger einnehmen als bei der letzten Schätzung im Oktober vorhergesagt.

Für den Gesamtstaat dürften die Ausfälle demnach rund 100 Milliarden Euro betragen. Die im Herbst 2018 veröffentlichte Steuerschätzung war von Steuereinnahmen in Höhe von 4 369 Milliarden Euro von 2019 bis einschließlich 2023 ausgegangen.

Die geringeren Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen liegen an den schlechteren Konjunkturaussichten. So war die Bundesregierung bei der letzten Steuerschätzung noch von einem Wirtschaftswachstum von 1,8 Prozent im Jahr 2019 ausgegangen, mittlerweile sind es nur noch 0,5 Prozent. Hinzu kommen Steuersenkungen, etwa durch das Familienentlastungsgesetz.

Dass das Minus bei den Ländern geringer ausfällt als beim Bund, liegt an größeren Verschiebungen zwischen beiden Ebenen in den kommenden Jahren. So unterstützt der Bund die Länder durch das Gute-Kita-Gesetz. Dadurch verringern sich die Steuereinnahmen des Bundes in dem Gesamtzeitraum um mehr als fünf Milliarden, während sie für die Länder entsprechend steigen. Verschiebungen gibt es auch bei der Umsatzsteuer zur Beteiligung des Bundes an Integrationskosten.

Auch wenn die Steuereinnahmen für den Fiskus geringer ausfallen als bisher gedacht, steigen sie trotzdem über die Jahre an. Das Plus fällt nur nicht so groß aus wie noch im November erwartet. Die Zahlen aus der Vorlage des Finanzministeriums sind eine von vielen Grundlagen für die Steuerschätzer, die ab Dienstag in Kiel tagen. Dass es zu einer deutlichen Korrektur kommt, stehe aber fest, hieß es aus dem Ministerium. Am Donnerstagnachmittag wird Ressortchef Olaf Scholz (SPD) die Ergebnisse verkünden. Die Ausfälle stellen ihn vor ein Problem. Allerdings ist es nicht so gewaltig, wie die Lücke von rund 75 Milliarden Euro vermuten lässt. Denn die geringeren Einnahmen durch die Gesetzesänderungen hatte Scholz schon eingeplant. Und auch das schwächere Wirtschaftswachstum wurde teilweise berücksichtigt. Die jüngste Korrektur von 1,0 auf 0,5 Prozent war allerdings bisher nicht enthalten. Sie macht rund zwei Milliarden Euro aus.

*Quelle: Hildebrand, J., Handelsblatt, Nr. 086, 06.05.2019, 9*